

Dr. Detlev Hüwel

KARL ARNOLD  
Stationen eines Politikerlebens

*Auszug aus der Schriftenreihe des nordrhein-westfälischen Landtages*  
**„Karl Arnold – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident  
1947 – 1956“**

# Vorwort

*Karl Arnold gehörte zu den Gründervätern der CDU. Direkt nach Kriegsende arbeitete er für den Erfolg seiner Idee einer christlich-demokratischen Volkspartei, die konfessionelle Schranken überwindet und Angehörige der verschiedenen Schichten des Volkes zu einer gemeinsamen Kraft zusammenführt. 1945 gründete er in Düsseldorf die „Christlich-Demokratische Partei“. In der CDU verkörperte Karl Arnold die christlich-soziale Idee von Partnerschaft und Mitbestimmung. Er kämpfte für eine soziale und freiheitliche Wirtschaftsordnung und lehnte den Kapitalismus in seiner Reinform ebenso wie die sozialistische Staatswirtschaft ab. Karl Arnold setzte sich für eine breite Eigentums- und Vermögensbildung ein. Er war ein Verfechter des sozialen Wandels und des sozialen Fortschritts.*

*Als Ministerpräsident baute Karl Arnold das junge Land Nordrhein-Westfalen aus Not und Trümmern auf. Das Zusammenwachsen von Rheinländern und Westfalen, die Eingliederung der Lipper, das Miteinander von Industrie und Landwirtschaft, die Abwehr und Beschränkung der Demontagen, das partnerschaftliche Verhältnis in den Betrieben, die Neuordnung des Verkehrs, die Schöpfung des ersten Landesjugendplanes, die Wissenschaftspflege und die Förderung der Forschung sind Zeugen von Karl Arnolds Tatendrang und seiner politischen Vision.*

*Karl Arnold war ein großer Anhänger des Föderalismus. Bei der Schaffung des Grundgesetzes setzte er sich für föderale Strukturen und für die Selbstverwaltung der Gemeinden ein. Im September 1949 wurde Karl Arnold zum ersten Präsidenten des Bundesrates gewählt. Stil und Praxis der Arbeit des Bundesrates wurden von seinem ersten Präsidenten nachhaltig beeinflusst.*

*Karl Arnold war auch ein großer Europäer und ein leidenschaftlicher Verfechter der Einigung eines freien Europas. Er hat früh erkannt, dass, wie er selbst sagte, „auf Dauer Frieden und Wohlfahrt nur in einer engen europäischen Gemeinschaft gesichert sind.“ Er stellte sich Europa als einen freiwilligen Zusammenschluss derjenigen vor, „die zusammengehören wollen, ... ,weil sie verstanden haben, dass nur ein geeintes Europa wahren Frieden und echten sozialen Fortschritt verbürgt.“ Karl Arnold gilt als einer der Väter der „Montanunion“.*

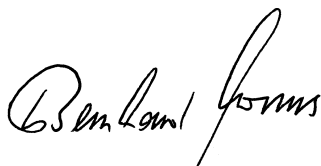
*Als überzeugter Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime, Christ und Demokrat forderte Karl Arnold für alle Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Er trat für das uneingeschränkte Recht auf Bildung ein.*

*Um das politische Erbe von Karl Arnold in Erinnerung zu halten und Menschen für seine politischen Ziele zu begeistern, wurde ein Jahr nach dem Tode von Karl Arnold im Oktober 1959 die Karl-Arnold-Stiftung gegründet. Die Karl-Arnold-Stiftung fühlt sich den Wertvorstellungen Karl Arnolds eng verbunden.*

*Ihr Auftrag und Ziel ist es, junge und erwachsene Bürger für die Demokratie zu begeistern, sie mit ihren Rechten und Pflichten in Gesellschaft und Staat vertraut zu machen und sie „im Sinne demokratischer Grundüberzeugung und der christlichen Werteordnung zu bilden, sowie zu motivieren, Verantwortung in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zu übernehmen“.*

*Mit Seminaren, Tagungen und Studienfahrten erfüllt die Stiftung ihren Auftrag, politisches Wissen zu vermitteln, Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie zu begeistern und gleichzeitig zu befähigen, diese mit christlich-sozialen Ideen mitzugestalten.*

*Die vorliegende kleine Festschrift soll mit der Nachzeichnung des Politikerlebens von Karl Arnold an den ersten freigewählten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen und den Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union erinnern. Bedanken möchte ich mich im Namen der Karl-Arnold-Stiftung beim Verfasser Dr. Detlev Hüwel und beim Landtag von Nordrhein-Westfalen, der dem Abdruck des Aufsatzes zugestimmt hat. Der Aufsatz von Dr. Hüwel ist in der Schriftenreihe des Landtages „Karl Arnold – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident 1947-1956“ erschienen.*



**Dr. Bernhard Worms**  
**Vorsitzender der Karl-Arnold-Stiftung**



Ministerpräsident Karl Arnold bei einem Zechenbesuch im Ruhrgebiet Anfang Juni 1948. Die Demonstration hatte politische Hintergründe: Um die Kohleförderung zu steigern, batte Arnold am 5. Juni 1948 eine „Kohlekonferenz“ nach Düsseldorf einberufen. Die Apelle dieser Zusammenkunft – deutsche Zuständigkeit für den Kohlebergbau, Demontagestopp und Währungsreform – richteten sich in erster Linie an die Besatzungsbehörden. Links im Bild: der damalige Chef der NRW-Landeskanzlei, Hermann Wandersleb. (Quelle: Landtagsarchiv)



Auf einer Grenzlandkundgebung in Düren gab Karl Arnold am 13. März 1949 bekannt, dass er den britischen Außenminister Bevin zu einem Besuch Nordrhein-Westfalens eingeladen habe. Damals war der deutsch-niederländische Streit um die von Den Haag beanspruchten deutschen Grenzlande voll entbrannt. Ende April 1949 kam es trotz der massiven Abwehrkampagne Arnolds zu den „Grenzkorrekturen“, von denen Nordrhein-Westfalen besonders betroffen war. (Quelle: Landtagsarchiv)



Karl Arnold mit seiner Frau, seinem Sohn Gottfried und seiner Schwägerin am 27. Juni 1954 bei der Stimmabgabe in einem Wahllokal in Düsseldorf-Oberkassel. Arnold kandidierte bei dieser dritten Landtagswahl direkt im Wahlkreis 44 (Düsseldorf Nordost) und errang den höchsten Stimmenanteil.

(Quelle: RP-Archiv)

# Karl Arnold - Stationen eines Politikerlebens

*von Dr. Detlev Hüwel*



Donnerstag, der 3. Juli 1958. Hunderttausend Menschen haben sich in Düsseldorf aufgemacht, um von einem Mann Abschied zu nehmen, der die Aufbauphase des noch jungen Landes Nordrhein-Westfalen jahrelang an herausragender Stelle geprägt hat: Karl Arnold. Für ihn war eine christlich fundierte, auf den Menschen zielende Politik die Richtschnur seines Handelns. Deswegen erschüttert die Nachricht vom plötzlichen Tod des 57-Jährigen so viele Bürger weit über Nordrhein-Westfalens Grenzen hinaus. Auch Konrad Adenauer, der häufig mit dem „linken“ CDU-Ministerpräsidenten aneinander geraten war, zeigt sich betroffen: „Zwischen ihm und mir“, so der Bundeskanzler auf der Trauerfeier im Düsseldorfer Ständehaus, dem damaligen Sitz des Landtags, „ist eine wahre und echte Freundschaft gewachsen, wie sie sich in den späteren Lebensjahren nicht so leicht entwickelt.“

Draußen vor dem Landtag warten derweil ungezählte Menschen. Für sie ist im Ständehaus kein Platz. Stumm geben sie nach der Trauerfeier Karl Arnolds das letzte Geleit zum Düsseldorfer Südfriedhof. In den Fenstern brennen Kerzen. Hinter dem schlichten Holzarg, der mit weißen Nelken geschmückt ist, gehen Arnolds Frau Liesel, sein Sohn Gottfried sowie die beiden Töchter Hildegard und Margret. Zu den Trauernden zählen der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings, „Ruhrbischof“ Franz Hengsbach, zahlreiche Bundesminister, u. a. Prof. Ludwig Erhard, NRW-Regierungschef Fritz Steinhoff (SPD) und fast das gesamte Landeskabinett sowie Vertreter aller Parteien, darunter der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer. Mit dabei ist auch der Bürgermeister aus Herrlishöfen - Arnolds schwäbischem Geburtsort.

Niemand kann es fassen: Eine Woche vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist Arnold, der bis zuletzt für die Rückeroberung der Macht am Rhein gekämpft hatte, einem Herzinfarkt erlegen. Land und Bund haben einen Politiker verloren, der nicht müde wurde, für eine Politik des sozialen Ausgleichs einzutreten. Das Land Nordrhein-Westfalen, so hatte er 1950 in seiner Regierungserklärung verkündet, „will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“

# Die Jugendjahre

Arnolds ausgeprägtes sozialpolitisches Engagement, das sich wie ein Faden durch sein Politikerleben zieht, hat sehr viel mit den bescheidenen Lebensverhältnissen zu tun, unter denen er groß geworden ist. Er wurde am 21. März 1901 im württembergischen Weiler Herrlishöfen (heute Warthausen-Höfen) bei Biberach an der Riß geboren. Sein Vater war ein wenig begüterter Landwirt, die Mutter hatte sich um die vier Kinder zu kümmern. Nichts deutete darauf hin, dass er 1951 aus Anlass seines 50. Geburtstags zum Ehrenbürger der Gemeinde ernannt werden würde. Eine Gedenktafel zu Ehren des Mannes, der im „fernen“ Rheinland politisch an vorderster Stelle wirkte und jetzt 100 Jahre alt geworden wäre, wurde vor dem ehemaligen Gemeindehaus angebracht. Der schlichte Text lautet: „Karl Arnold. Geboren in Herrlishöfen. 1901-1958. Mitbegründer der CDU. Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen 1947-1956.“

Wäre ihm diese Karriere vorausgesagt worden, hätte Arnold sicherlich ungläubig reagiert. Sein Weg war mühsam. Nach dem Besuch der Dorfschule ging er bei einem Schuster in die Lehre. Als Gesellenstück fertigte er ein Paar Damenschnürstiefel an, wie die noch vorhandene Urkunde ausweist. Wir wissen nicht allzu viel über Arnolds Jugendzeit – er selbst hat nicht viel darüber gesprochen. In das biografische Vakuum haben sich Legenden eingenistet – etwa jene, dass Arnold Pastor werden wollte oder dass er in politischen Versammlungen dem prominenten Zentrums Politiker Matthias Erzberger aufgefallen sei. Tatsache dürfte sein, dass sich Arnold, getrieben von dem Wunsch, die Enge seiner dörflichen Heimat und seiner beruflichen Chancen zu überwinden, zu Beginn des Jahres 1920 an Erzberger wandte, als dieser die seinem Heimatort nahegelegene Kurstätte „Jordanbad“ aufsuchte. Erzberger war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Finanzminister, sondern schrieb an seinen „Erlebnissen im Weltkrieg“. Arnolds Vorhaben, dem prominenten Politiker sein Herz auszuschütten, war von Erfolg gekrönt: Auf Erzbergers Vermittlung konnte er die vom Süddeutschen Verband Katholischer Arbeitnehmer getragene Soziale Hochschule in Kochel besuchen. Dort erlernte er nicht nur das handwerkliche Rüstzeug für seine spätere berufliche Tätigkeit, sondern beschäftigte sich auch intensiv mit der katholischen Soziallehre, die ihm Antworten gab auf seine Fragen nach sozialer Gerechtigkeit. Aus diesem Fundus hat er sein gesamtes Politikerleben schöpfen können. Er gab ihm innerlich Halt und wappnete ihn später vor Anfeindungen auch aus den eigenen Parteireihen.

# Umzug nach Düsseldorf

Nach Abschluss der Fortbildung ließ sich Arnold im Herbst 1921 in der Stadt Düsseldorf nieder, die wenige Monate zuvor von den Franzosen besetzt worden war. Der 20-jährige Schuster arbeitete zunächst in der Geschäftsstelle des Christlichen Lederarbeiter-Verbandes. Mit seinen 93 Mitgliedern zählte dieser zu den kleinsten Fachschaften des DGB, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (nicht zu verwechseln mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Gewerkschaftsbund gleichen Namens). Bei den Christlichen Gewerkschaften, der tragenden Säule des damaligen DGB, arbeitete sich Karl Arnold mit schwäbischem Fleiß beharrlich nach oben. Bereits 1924 wurde er Sekretär des Bezirkskartells Düsseldorf. In den damals von ihm abgefaßten Textbeiträgen und bei öffentlichen Auftritten verfiel der junge Gewerkschafter in das für seine Zeit nicht unübliche Pathos. Über die Christliche Gewerkschaftsbewegung, die einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus propagierte (eben das, was später „christlicher Sozialismus“ genannt wurde), schrieb er 1924 beispielsweise: „Unsere Bewegung ist Leben, und Leben hat Seele, und Seele ist geistige Macht, immerwährendes, unüberwindbares, ewiges Wollen. Großes Geheimnis.“ Zwischen Kapital und Arbeit sah Arnold damals noch eine große Kluft. Wenn in Notzeiten, so sagte er in seiner Einführungsrede als Kartellsekretär, eine gewisse Gleichberechtigung der Arbeitnehmer erzielt worden sei, so seien bei den Arbeitgebern dafür „nur egoistisch-selbsterhältlerische Triebe maßgebend“ gewesen. Diese herbe Kritik ging einher mit der Forderung nach umfassenden sozialen Reformen: Die Verhältnisse in Deutschland seien „nicht mehr länger tragbar“, befand Arnold und meinte damit die Arbeitszeit-Regelung ebenso wie Fragen der Entlohnung und der Mitbestimmung.

Arnold, der Fürsprecher der abhängig Beschäftigten und Anwalt der „kleinen Leute“. Schon 1926 wurde er zum Vorsitzenden des DGB in Düsseldorf gewählt – ein großer Vertrauensbeweis und eine deutliche Anerkennung seines Wirkens als Gewerkschafter. In seiner Wahlheimatstadt lernte er seine spätere Frau Liesel kennen, die Tochter des Gewerkschafters Fritz Joeres. Geheiratet wurde im Oktober 1928; im Februar 1933 wurde Sohn Gottfried geboren, der heute Herausgeber der in Düsseldorf erscheinenden Zeitung „Rheinische Post“ ist .

Wie anders kaum vorstellbar, gehörte der christliche Gewerkschafter Arnold dem Zentrum an, einer Partei mit fast ausschließlich katholischer Klientel. Zwar gab es schon in den 20er Jahren aus den eigenen Reihen eindringliche Appelle, sich zu öffnen und „aus dem Turm“ heraus zu kommen, doch de facto änderte sich wenig an der Mitgliederstruktur. Arnolds Fleiß und sein soziales Engagement ebneten ihm auch in der Düsseldorfer Zentrumspartei den Weg nach oben. Er rückte in den Parteivorstand vor, wurde 1929 in den Rat der Stadt gewählt und gelangte

sogleich in den Fraktionsvorstand. Beruf und Parteiarbeit führten ihn mit Josef Gockeln zusammen, der 1928 Sekretär der Katholischen Arbeitervereine in Düsseldorf wurde und ebenfalls für das Zentrum im Stadtrat vertreten war. Zwischen beiden Männern bestand zwar zeitlebens eine gewisse Rivalität, doch die Politik bildete eine permanente Klammer: Im Juli 1947, als Arnold sein Amt als Düsseldorfer Oberbürgermeister niederlegte, um sich ganz seiner neuen Aufgabe als Ministerpräsident zu widmen, rückte Gockeln an seine Stelle als OB. Auch im Parlament kreuzten sich beständig beider Wege, „residierte“ Gockeln doch auf dem Stuhl des Landtagspräsidenten. Bestürzende Duplizität der Ereignisse: Beide Unionspolitiker wurden im selbem Jahr 1958 jäh aus dem Leben gerissen. Arnold starb an Herzversagen, Gockeln kam bei einem Autounfall zu Tode.

## Dunkle Jahre

In Redeschlachten gegen Rechts und Links, „gegen Hakenkreuz und Sowjetstern“, wie es 1931 hieß, sah man Karl Arnold an vorderster Front. Er warf den Extremisten vor, die Not der Zeit auf das Schändlichste zum eigenen Vorteil zu missbrauchen. Der Zentrumspolitiker und Ex-Reichskanzler Heinrich Brüning, Arnold später durchaus nicht immer gewogen, fand nach dem Krieg rückblickend anerkennende Worte für den Düsseldorfer Gewerkschaftsführer: Der sei „der loyalste Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften“ gewesen und habe „viele stürmische Versammlungen durchgehalten“. Für politische Hasardeure hatte Arnold nur Verachtung übrig. Die Nazis merkten sich seinen Namen.

Zug um Zug zerschlugen sie den Rechtsstaat – im Reich ebenso wie in den Kommunen. Die Tage der Gewerkschaften waren gezählt, das Zentrum löste sich angesichts des massiven Drucks der braunen Machthaber von selbst auf. Auch in Düsseldorf gingen die Nazis mit unerbittlicher Härte vor. Für Männer wie Karl Arnold bedeutete die Machtergreifung eine tiefe Zäsur. Beinahe über Nacht stand er beruflich vor dem Aus; die politische Arbeit war zunichte. Pikant: Den Mann, der in Düsseldorf für die braue Hetze verantwortlich war, NS-Gauleiter Friedrich Karl Florian, wurde 1951 von Ministerpräsident Arnold begnadigt. Der Regierungschef, der nach Artikel 59 der nordrhein-westfälischen Verfassung das Begnadigungsrecht besaß, sollte die Verkürzung der Haftzeit Florians mit dem souveränen Hinweis rechtfertigen, dass das demokratische Staatsbewußtsein im Volk mittlerweile so stark verankert sei, „dass die Demokratie ihre Gegner von gestern nicht mehr zu fürchten“ brauche.

1933 war die Not groß. Wer durchkommen wollte, durfte nicht wählerisch sein. Beim Katholischen Kirchensteueramt Düsseldorf fand Arnold eine befristete

Beschäftigung, doch der Lohn war karg. Er hielt nach einer anderen Tätigkeit Ausschau und kam schließlich als Anzeigenwerber bei einem Düsseldorfer Installationsbetrieb unter. Bald darauf wurde er sogar Teilhaber eines anderen Heizungs- und Installationsunternehmens. Diesem Umstand verdankt Arnold, dass er später nicht eingezogen wurde. Da die Firma „Halbig & Arnold“ vornehmlich für Kasernen, Krankenhäuser und Lazarette im Einsatz war, wurde Arnold für unabkömmlich („uk“) erklärt.

Während der Diktatur der Nazis blieb Arnold politisch nicht untätig, sondern wirkte mit am Aufbau eines Informationssystems im Untergrund. Mit Gleichgesinnten, beispielsweise dem christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser, dem späteren Düsseldorfer Oberstadtdirektor Walther Hensel und dem vormaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr, nahm er an regimefeindlichen Gesprächskreisen teil und fädelt, wenn irgend möglich, neue Kontakte ein. Auf diese Weise entstand ein Netz, das jene auffing, die am Hitler-Regime zu verzweifeln drohten oder bereits nach Weichenstellungen für den Neuanfang suchten. In diesen keineswegs ungefährlichen Zirkeln, die aber nicht zum engeren Kreis des Widerstands gezählt werden sollten, reiften weitreichende Entschlüsse. Für viele Zentrumspolitiker stand damals fest, dass bei der Neugestaltung des Parteiwesens in Deutschland kein Platz mehr sein würde für eine konfessionelle Zersplitterung. Die Zeit schien überreif für eine einzige christliche Partei. Auch Richtungsgewerkschaften sollte es nicht mehr geben. Statt dessen sollte es eine einheitliche und schlagkräftige Organisation sein.

Doch noch waren Krieg und Schrecken nicht vorbei, stand vielmehr die Eskalation des Schreckens noch bevor. 1944 wurde Karl Arnold von der Gestapo verhaftet und ins Stadtgefängnis an der Ulmenstraße („Ulmer Höh“) gebracht. Eine Verhaftungswelle, die so genannte „Aktion Gewitter“, bot den Nazis den Vorwand, den stadtbekanntesten Zentrumspolitiker festzusetzen, der ihnen lange schon suspekt war. Schon häufiger, so berichtete Arnold nach dem Krieg, sei er von der Gestapo vernommen worden. Ein konkreter Vorwurf wurde ihm aber offenbar auch diesmal nicht gemacht. Allem Anschein nach konnte Arnold schon nach kurzer Zeit das Gefängnis wieder verlassen. Seine Familie hatte er zuvor nach Württemberg ausquartiert.

## 1945: Die Ärmel hochgekrempeelt

Sofort nach Einstellung der Kriegshandlungen krempeelte Arnold die Ärmel hoch und machte sich an die politische Aufbauarbeit. Tatkräftig unterstützt von Freunden unterschiedlicher politischer Ausprägung, beackerte der hagere Mann

vor allem drei Aufgabenfelder: Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, Gründung einer neuen christlichen Partei und Wiederherstellung der kommunalen Demokratie. Düsseldorf lag zwar in Trümmern, aber Arnold hatte ein untrügliches Gespür dafür, dass keine Zeit zu verlieren war, wenn die im Untergrund entwickelten Konzepte zum Tragen kommen sollte. Der Handlungsrahmen, der den deutschen Politikern gerade im nördlichen Teil der alten Rheinprovinz von der Besatzungsmacht gesetzt wurde, war zunächst allerdings überaus knapp bemessen.

Was die Gewerkschaftsfrage betrifft, so konnte Arnold an die vertraulichen Beratungen während des „Dritten Reichs“ anknüpfen. Bei den Befürwortern einer Einheitsgewerkschaft herrschte Einvernehmen darüber, dass die alten Richtungs-gewerkschaften nicht wiedererstehen sollten. Dabei spielte vor allem der selbstkritische Vorwurf eine Rolle, dass Hitler die Gewerkschaftsbewegung nicht so leicht hätte zerschlagen können, wenn diese nicht so zersplittert gewesen wäre. Als Lehre daraus sollte nach den Vorstellungen dieser nach vorn blickenden Frauen und Männer eine Einheitsorganisation geschaffen werden. Einen Namen gab es auch schon: „Deutsche Gewerkschaft“. Sie sollte straff organisiert und in Industrie-gruppen gegliedert sein.

Bereits Ende Mai 1945 nahm Arnold das Heft in die Hand. Unter Hinweis auf einen Befehl der amerikanischen Besatzer wandte er sich an den Sozialdemokraten Georg Glock mit der Bitte, mit ihm zusammen die Namen der leitenden Gewerkschaftsführer zusammenzustellen. Die Briten, die kurze Zeit später die Verwaltung in der Nordrhein-Provinz übernahmen, bremsten allerdings den Elan der Düsseldorfer Gewerkschaftsgründer, zu denen auch der Kommunist Konrad Skrentny gehörte. Sie standen dem Vorhaben, eine straffe Einheitsorganisation aus dem Boden zu stampfen, überaus skeptisch gegenüber, weil sie eine zu große Einflußnahme der Kommunisten befürchteten. Während sie auf Zeit spielten, drängten Arnold und seine Freunde auf rasches Handeln. „Den radikalierenden Tendenzen und den vorhandenen geistigen Verirrungen kann mit Erfolg nur begegnet werden, wenn Gewerkschaften mit Autorität und einheitlichem Willen in Funktion treten“, mahnte er die Militärverwaltung. Doch die Briten sperrten sich gegen den Versuch, für die gesamte Nordrhein-Provinz nur eine Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Statt dessen pochten sie auf dezentrale Strukturen. Um die Neugründung nicht weiter zu verzögern, gaben die Deutschen nach und rangen sich zu autonomen Gewerkschaften durch. Am 9. Dezember 1945 fand in der Aula der Luisenschule die Gründungsversammlung der Düsseldorfer „Einheitsgewerkschaft“ statt. Sie wählte den christlichen Gewerkschafter Karl Arnold zu ihrem Vorsitzenden. Mit dem 1949 auf Bundesebene gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund blieb er stets solidarisch – auch dann, als der DGB wegen Verletzung der parteipolitischen Neutralität breite Kritik auf sich zog und Mitte der 50er Jahre die Gründung einer christlichen „Gegengewerkschaft“ provozierte. Im Dienstzim-

mer des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold war stets ein Bild seines Freundes Hans Böckler, des ersten DGB-Vorsitzenden, zu finden.

## Die neue christliche Partei

Für Arnold standen soziale Gerechtigkeit und, wie er sich ausdrückte, „verantwortungsvolle Mitbestimmung aller die Wirtschaft tragenden Gruppen“ ganz oben auf dem politischen Forderungskatalog. Mit diesem Begehren wandte er sich gleich nach Einstellung der Kriegshandlungen an die Düsseldorfer Bevölkerung, um für die Gründung einer „Christlichen Volkspartei“ (CVP) zu werben. Zu den Mitunterzeichnern dieses frühen Aufrufs („Die Hakenkreuze sind gefallen“) gehörte auch der spätere Verleger der Rheinischen Post, Anton Betz. Und wieder war es Arnold, der bei der britischen Besatzungsmacht vorstellig wurde und um Zulassung einer neuen, interkonfessionellen Partei nachsuchte. Die Zeit drängte, denn in Düsseldorf wie auch in anderen Städten gab es bereits ernsthafte Versuche zur Wiedergründung des Zentrums. Die „Christlichen“ um Arnold empfanden dies nahezu als Zumutung, schien sich diese Partei durch ihre Selbstauflösung 1933 doch für alle Zukunft diskreditiert zu haben.

In Anlehnung an die Kölner Gesinnungsfreunde entschieden sich Arnold und seine politischen Mitstreiter schon bald für den Parteinamen „Christlich-Demokratische Partei“ (CDP). Die offizielle Gründungsversammlung fiel in Düsseldorf auf den 24. November 1945. Arnold, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, streckte vor allem den linken Parteien die Hand zur Zusammenarbeit aus. Auch KPD und SPD, so betonte er, seien zur Aufbauarbeit angetreten. Und weiter: „So wie uns die Not gemeinsam ist, wird auch die Arbeit der Parteien auf langen Wegstrecken gemeinsam sein müssen.“ Die CDP stehe für eine wirtschaftspolitische Neuordnung aus christlichem Geist und für die Schaffung einer gerechten Eigentumsordnung. In diesem Zusammenhang benutzte Arnold, vermutlich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit, den Begriff „christlicher Sozialismus“ – eine Formulierung, die auf den Walberberger Dominikanerpater Laurentius Siemer zurückgehen dürfte, zu dem Arnold während der Nazi-Zeit Kontakt hatte.

Für den von den Briten abgesetzten Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer waren solche und ähnliche Formulierungen jedoch nicht tolerierbar – und er machte dies Arnold schon bald unmissverständlich klar. Dabei war es der Düsseldorfer Parteichef gewesen, der ihn zum Mittag in der CDP ermuntert hatte. Ganz selbstlos war das freilich nicht: Die Christdemokraten erhofften sich von dem prominenten ehemaligen Zentrumspolitiker einen wirksamen Werbeeffekt im Wettstreit mit den unverbesserlichen Zentrumsanhängern. So „bearbeitete“

Arnold Ende August 1945 zusammen mit Hensel Adenauer und erzielte einen ersten Erfolg: Der bis dahin zögerliche Kölner trat noch am selben Tag der CDP bei. Dieser Schritt mag ihm dadurch erleichtert worden sein, dass ein Großteil des Klerus' die Wiederbelebung des Zentrums ablehnte und sich statt dessen für die neue interkonfessionelle Partei verwandte, die sich im Dezember 1945 bei einem „Reichstreffen“ in Bad Godesberg den endgültigen Namen Christlich-Demokratische Union (CDU) zulegte. Kurz darauf wandte sich Düsseldorfs CDU-Vorsitzender Arnold mit einem dringenden Appell an seine Gesinnungsfreunde: „Werbt, liebe Freunde, für unsere Christlich-Demokratische Union. Freut Euch über die neue, 75 Jahre lang vergeblich erstrebte politische Einigung, über den neuen aufgeschlossenen, betont aufbauwilligen, aber auch unzerreißbar fest geschmiedeten Einheitsblock gläubiger Katholiken und Evangelischen.“ Was war zu tun? Arnold: „Übermittelt uns tunlichst schnell die anliegende Beitrittserklärung und nennt uns die genauen Anschriften jener Freunde, an die wir uns mit Aussicht auf Erfolg wenden können.“

Nachdem er am 5. Februar in Krefeld zum Vorsitzenden der rheinischen CDU gewählt worden war, machte Adenauer wegen Formulierungen wie „christlicher Sozialismus“ oder „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ Druck auf die Parteilinke um Arnold. Er riet dringend zum Verzicht auf solche Verheißungen, denn: „Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen, und zwanzig laufen weg.“ Arnold sah das jedoch differenzierter. Er spürte, dass die Menschen nach zwölf Jahren Diktatur einen grundsätzlichen Wandel herbeisehnten, der auch und gerade vor einer wirtschaftlichen Neuordnung nicht Halt machen durfte. Gerade weil ihm kapitalistische Auswüchse ebenso zuwider waren wie kommunistische Gleichmacherei, plädierte er gemäß der christlichen Soziallehre für einen Mittelweg, für einen Weg des Ausgleichs, wie er dann auch Jahre später mit der Sozialen Marktwirtschaft beschritten wurde.

Insofern unterschied sich der Nachkriegspolitiker Arnold in keiner Weise vom christlichen Gewerkschafter der 20er Jahre. Deswegen zeigte er auch wenig Neigung, der Aufforderung des konservativen Parteivorsitzenden nachzukommen. Vielmehr hielt er ebenso wie andere Mitstreiter aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung das ganze Jahr 1946 über in öffentlichen Reden an dem umstrittenen Begriff „christlicher Sozialismus“ fest. Für Adenauer ein unmöglicher Vorgang, den er dem „linken“ Unionspolitiker keinesfalls durchgehen lassen wollte.

# Vom Vertrauensausschuss zum Oberbürgermeister von Düsseldorf

Schon früh kam Bewegung in die Düsseldorfer Kommunalpolitik. Bereits im Sommer 1945 wurde mit Billigung der Besatzungsmacht ein so genannter „Vertrauensausschuss“ gebildet, der zunächst aber nur beratende Funktion haben konnte. Zu den 32 Mitgliedern zählte auch Karl Arnold als Vertreter der „Fraktion der Werktätigen“. Da Parteien zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht existierten, bzw. nicht zugelassen waren, verfügte die Militärregierung eine vorläufige „ständische“ Zusammensetzung. Die Probleme, mit denen sich dieses provisorische Gremium konfrontiert sah, waren immens: In der zerstörten Stadt war die Lebensmittelversorgung ebenso desolat wie die gesundheitliche Situation. Überall mussten Trümmer beiseite geräumt werden. Die Politiker, die sich um den Wiederaufbau der Demokratie bemühten, griffen deswegen beherzt zur Schaufel. Natürlich „schippte“ auch Karl Arnold, wie auf einem Foto zu sehen ist.

Die Briten zogen einen Schlussstrich unter die Gemeindeordnung: Bis 1933 waren die rheinischen Oberbürgermeister in Personalunion Ratsvorsitzende und Chefs der Verwaltung gewesen – eine gewichtige Ämterkombination, die eine beträchtliche Machtfülle bedeutete. Adenauer in Köln ist gewiss das prominenteste Beispiel. Aber auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister und spätere Bundesinnenminister Robert Lehr gehört in die Reihe der herausragenden Bürgermeister, ebenso Karl Jarres in Duisburg, und Hans Luther, der spätere Reichskanzler, in Essen. An der Jahreswende 1945/46 verfügten die Briten die Einführung der kommunalen Doppelspitze. Sie wollten die Trennung beider Funktionen – hier der (Ober-)Bürgermeister als politischer Repräsentant des Rates, dort der unpolitische, weisungsgebundene (Ober-)Stadtdirektor als Leiter der Verwaltung. Entsprechendes galt auf Kreisebene. Was damals keiner ahnen konnte: Die neue Doppelspitze sollte mehr als 50 Jahre Bestand in dem 1946 geschaffenen Land Nordrhein-Westfalen haben. Erst zur Kommunalwahl 1999 wurde sie abgeschafft: Der (Ober-)Bürgermeister bzw. Landrat ist seither wieder Chef der Verwaltung und wird – dies ist der wichtigste Unterschied zur Regelung in Weimarer Zeiten – von den Bürgern direkt gewählt.

Zum Oberbürgermeister von Düsseldorf wählte der (damals noch ernannte) Stadtrat im Januar 1946 den Unions-Vorsitzenden Karl Arnold, der großes Ansehen sowohl bei den Briten als auch bei den übrigen Parteien genoß, die sein unermüdliches Bemühen um den politischen Neubeginn auch auf diese Weise honorierten. Bis zur ersten Kommunalwahl vergingen allerdings noch mehrere Monate. Erst Mitte Oktober 1946 durfte die Bevölkerung endlich selbst entscheiden, wie die politischen Gewichte in der noch jungen Landeshauptstadt verteilt werden sollten. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Über 47 Prozent entschieden sich für die

Partei ihres Oberbürgermeisters, der bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung vom Stadtrat in seinem Amt bestätigt wurde. Oberstadtdirektor wurde Walther Hensel, der Weggefährte und Gesinnungsfreund Karl Arnolds aus den düsteren Jahren der NS-Diktatur.

## Neue Aufgaben in NRW

Die Tätigkeit des gewählten Oberbürgermeisters Karl Arnold währte allerdings nur wenige Monate. Im Sommer 1947 legte er sein Amt nieder, um sich ganz seiner neuen Aufgabe als Regierungschef von Nordrhein-Westfalen widmen zu können. Die Bildung dieses „Bindestrich-Landes“, wie lange Zeit gespöttelt wurde, war von den Briten nach intensiven Beratungen im Juli 1946 verkündet worden. Ausschlaggebend dafür war die Überlegung, das Ruhrgebiet, die ehemalige „Waffenschmiede des Dritten Reiches“, vor Begehrlichkeiten insbesondere der Sowjetunion zu schützen und fest mit dem eigenen Einflussbereich zu verklammern. In der Praxis bedeutete dies, dass der nördliche Teil der preußischen Rheinprovinz (der Süden mit Trier und Koblenz stand unter französischer Besatzung) mit der Provinz Westfalen verschmolzen wurde – die so genannte „operation marriage“, das „Unternehmen Hochzeit“.

Hauptstadt von Nordrhein-Westfalen, so bestimmten die Briten, sollte Düsseldorf werden. Dies stieß in der Stadt aber eher auf Skepsis denn auf Zustimmung. Oberbürgermeister Arnold sah es ganz pragmatisch und verwies im Stadtrat auf die sich daraus ergebende Notwendigkeit, zusätzliche Wohn- und Verwaltungsräume beschaffen zu müssen. Der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten führte auch dazu, dass der erste (allerdings noch von den Briten ernannte) Landtag am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus zusammenkam und hernach jahrelang im Theatersaal der Henkelwerke tagen musste.

Bei der konstituierenden Sitzung des ernannten Landtags stand die Zusammensetzung der ersten Landesregierung bereits fest. Ministerpräsident war – wie von den Briten gewünscht – der ehemalige Oberpräsident von Westfalen, Rudolf Amelunxen. Er war zunächst parteilos, schloss sich später aber wieder dem Zentrum an, dem er bis 1933 angehört hatte. In seinem Kabinett waren zwar SPD, KPD, FDP und Zentrum vertreten, nicht jedoch die CDU, obwohl die Briten darauf gedrungen hatten, dass Arnold stellvertretender Regierungschef und Innenminister werden sollte. Dies wiederum entsprach in keiner Weise den Intentionen Adenauers, der seit der Auseinandersetzung um den „christlichen Sozialismus“ Distanz zu Arnold wahrte und bei den vorausgegangenen Koalitionsverhandlungen keinerlei Ehrgeiz hatte erkennen lassen, den linken Flügelmann an den Kabi-

nettstisch zu lancieren. Hinzu kam der Streit zwischen den beiden großen Parteien um das Innenministerium: Anders als die Briten, die diesem Ressort zunächst keine sonderliche Bedeutung beimaßen, gingen die deutschen Verhandlungsführer davon aus, dass hier die wichtigen Vorarbeiten für eine künftige Verfassung anfallen würden. Das Tauziehen um dieses Ministerium führte zum Eklat am Verhandlungstisch – Amelunxen zeigte der Union die kalte Schulter, woraufhin sich diese einer Regierungsbeteiligung versagte.

So gehörte auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister Karl Arnold zur Opposition, als der Landtag am 2. Oktober 1946 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam. Dem ernannten Parlament gehörten 200 Mitglieder an: 71 SPD, 66 CDU, 34 KPD, 18 Zentrum, 9 FDP und zwei Unabhängige. Dieses Kräfteverhältnis war von den Briten anhand des Ergebnisses der Reichstagswahl von 1932 festgelegt worden – und musste schon bald revidiert werden. Ausschlaggebend dafür war die Kommunalwahl vom 13. Oktober mit einem deutlich besseren als dem geschätzten Abschneiden der CDU. Dementsprechend verfügten die Briten, dass die Union nun mit 92 Sitzen stärkste Fraktion im (ernannten) Landtag wurde. Die SPD schrumpfte auf 66, die KPD auf 19 und das Zentrum auf zwölf Sitze, während FDP und Unabhängige unverändert blieben. Zugleich drängten die Briten beinahe ultimativ auf Einbeziehung der CDU in die Landesregierung. Obwohl Landtag und Regierung in ihren Zuständigkeiten stark eingeschränkt waren, wollten die Briten den Auftakt der Landespolitik von allen Parteien mitgetragen sehen. Dies war zugleich der Start der landespolitischen Karriere von Karl Arnold, der fortan als stellvertretender Ministerpräsident (ohne Ressort) an Amelunxens Kabinetttisch saß. Das Sozialministerium übernahm sein Düsseldorfer Weggefährte Josef Gockeln. Doch auch diese Position hatte Arnold – neben seinem Amt als Oberbürgermeister – nur wenige Monate inne, weil im Zuge der ersten Landtagswahl die politischen Karten in NRW völlig neu verteilt wurden.

Vor allem mit Blick auf die Wahl in NRW verständigte sich die CDU der britischen Zone im Februar 1947 auf das so genannte Ahlener Wirtschaftsprogramm. Arnold war daran zwar nicht unmittelbar beteiligt, doch es entsprach mit seiner Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Forderung nach einer wirtschaftspolitischen „Neuordnung von Grund aus“ durchaus seinen Ansichten. Insbesondere die Forderungen nach Vergesellschaftung im Bereich des Bergbaus und in der eisenschaffenden Industrie sowie nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer „an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung“ deckten sich gänzlich mit seinem Reformkonzept. Allerdings muss bezweifelt werden, dass Adenauer, der das Ahlener Programm initiierte, es sonderlich ernst damit meinte. Er setzte vermutlich eher auf dessen integrative Funktion: Es sollte die progressiven Kräfte ebenso einbinden wie die Wirtschaftskonservativen, indem es den Unternehmern den „erforderlichen Spielraum“ in Aussicht stellte. Das Ahlener Programm, auf das sich Arnold noch Jahre später berufen sollte, war eine taktische Meisterleistung des Strategen Adenauer.

# Die erste Landtagswahl 1947

Der Urnengang an Rhein und Ruhr vom 20. April 1947 – inzwischen war das Land Lippe Nordrhein-Westfalen angegliedert worden – bestätigte die CDU mit 37,5 Prozent der Stimmen als stärkste Partei und Fraktion im Landtag. Die Union konnte somit die Position des Ministerpräsidenten für sich reklamieren. Während für den Arbeitnehmerflügel kein Zweifel daran bestand, dass Arnold der Nachfolger Amelunxens werden würde, legten sich die Konservativen quer. Adenauer hätte am liebsten Josef Gockeln in diesem Amt gesehen. Da er die Stimmungslage in der Partei natürlich nicht ignorieren konnte, versuchte er es mit einer List. „Herr Arnold,“ so schrieb er, „Sie sind Oberbürgermeister von Düsseldorf. Wäre es da nicht das Gegebene, wenn Sie nun auch Landtagspräsident würden und in dieser doppelten Eigenschaft das Ständehaus am Schwanenteich so schnell wie möglich zum neuen Landtagsgebäude aufbauten?“ Arnold genoss mittlerweile auch bei den übrigen Parteien ein so großes Ansehen, dass er es sich leisten konnte, das „Angebot“ hohnlächelnd abzulehnen. Obwohl noch nicht zum Ministerpräsidenten gewählt, wurde er am 21. Mai 1947, einen Monat nach der Wahl, vom ersten gewählten Landtag beauftragt, die Gespräche zur Regierungsbildung aufzunehmen.

Arnold lag viel daran, möglichst alle Parteien in seine Regierung einzubeziehen, um das politische Aufbauwerk auf ein breites Fundament zu stellen. Dies entsprach auch der Intention der übrigen Parteien. Nur die FDP mochte nicht mitmachen, weil sie die geplanten Sozialisierungsmaßnahmen nicht mittragen wollte. Brüskierend für Arnold: Parallel zu seinen Koalitionsverhandlungen betrieb Adenauer Sondierungen auf eigene Faust. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte sich die nordrhein-westfälische Regierung aus CDU, Zentrum und Liberalen zusammengesetzt. Doch Arnold ließ sich nicht ausbooten. Mitte Juni „stand“ seine Mannschaft. In dem elfköpfigen Kabinett war die SPD mit den Ministern Walter Menzel (Innen), Erik Nölting (Wirtschaft) und August Halfell (Arbeit) vertreten. Die CDU stellte außer dem Regierungschef die Minister Heinrich Weitz (Finanzen), Heinrich Lübke (Ernährung), Heinrich Konen (Kultus) und Gustav Heine mann (Justiz). Die Kommunisten waren mit Hugo Paul (Wiederaufbau) und Heinz Renner (Verkehr) vertreten. Rudolf Amelunxen, der inzwischen dem Zentrum beigetreten war, übernahm den Sozialbereich.

In seiner ersten Regierungserklärung setzte Nordrhein-Westfalens erster gewählter Ministerpräsident den Akzent in starkem Maße auf die wirtschaftliche Neuordnung. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem“, so Arnold, habe sich „an seinen eigenen Gesetzen totgelaufen“. Und weiter: „Für die Neuordnung der Grundstoffindustrie scheiden sowohl das System der bisherigen großkapitalistischen Wirtschaftsweise wie auch eine einseitige bürokratische Staatswirtschaft aus. Ziel muss vielmehr eine echte Gemeinwirtschaft sein.“ Nicht allen in der CDU behag-

te diese Vision. Robert Lehr beispielsweise warf Arnold vor, „dem marxistischen Willen sehr stark entgegengekommen“ zu sein. Auch dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag behagte diese Passage in Arnolds Rede nicht. Adenauer, der damals auf bizonaler Ebene eine Große Koalition mit der SPD verhinderte, setzte auf ein baldiges Ende der NRW-Koalition und wartete nur auf einen Anlaß, der den Bruch rechtfertigte. Das war alles andere als eine gute Ausgangsbedingung für ein gedeihliches Miteinander der beiden CDU-Spitzenpolitiker. Beobachter berichteten später, Fraktionssitzungen, an denen Arnold und Adenauer teilgenommen hätten, seien oft geradezu eine Qual gewesen. Als Adenauer wieder einmal seine Unzufriedenheit über die Regierung äußerte, antwortete Arnold empört, „dass auch ich mit der Fraktion in gleichem Umfange unzufrieden bin“. Er sei jedoch „nicht geneigt, andauernde Anwürfe von einem Teil der Fraktion entgegenzunehmen“. Arnold bissig: „Wenn es einem Teil der Fraktion beliebt, mir das Vertrauen zu entziehen, so mag sie das tun. Vor meinen Wählern werde ich mich zu rechtfertigen wissen.“ Die Kluft zwischen beiden Männern war inzwischen offenkundig – und sie wurde immer tiefer.

## Auf dem Weg zur Bundesrepublik

Anfang 1948 wurden die Länderchefs von dem Vorhaben der Amerikaner und Briten unterrichtet, die beiden Zonen noch enger miteinander zu verzahnen. Im Landtag beteuerte Arnold kurz darauf, dies habe mit der Bildung eines westdeutschen Staates nichts zu tun. Die Kommunisten widersprachen allerdings energisch und rückten den NRW-Ministerpräsidenten gar in die Nähe des Landesverrats. Dies veranlasste Adenauer, endlich reinen Tisch zu machen. Mit Nachdruck forderte der Fraktionsvorsitzende Arnold auf, die beiden KPD-Minister umgehend aus dem Kabinett zu entfernen. Der auf Ausgleich bedachte Regierungschef fügte sich nur widerwillig. Bezeichnend für ihn: Er ließ die geschassten Minister Paul und Renner wissen, dass dieser Schritt „gegen meinen Willen“ notwendig geworden sei. In seinen Memoiren sollte der spätere NRW-Regierungschef Heinz Kühn (SPD) den Düsseldorfer Regierungschef, den er im Landtag aus nächster Nähe hatte beobachten können, so beschreiben: „Er war nicht mit dem ledernen Fell ausgestattet, das ihn gegen die Nadelstiche und Säbelhiebe gefeit hätte, denen er, frontal und hinterrücks, in den kaum mehr als zehn Jahren seines landespolitischen Wirkens von Freunden, Gegnern und Feinden ausgesetzt war. Im Gegenteil: Er war von dünnhäutiger Empfindsamkeit und kampfabgeneigter Konfliktscheu.“

Auch der von Nordrhein-Westfalens Bürgern gewählte Landtag war in seinen Entscheidungen keineswegs frei. Wichtige Beschlüsse bedurften der Zustimmung der britischen Besatzungsbehörden. Mehr als einmal verweigerten sie ihre Zustim-

mung mit dem Hinweis darauf, dass einer künftigen (west-)deutschen Regierung nicht vorgegriffen werden sollte. Dem Veto der Briten fiel 1948 zunächst das Gesetz zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft zum Opfer. Gerade Arnold hatte sich bis zuletzt, allerdings erfolglos, um eine Kompromisslinie bemüht, während Adenauer das ganze Vorhaben von Anfang an für genauso „sinnvoll“ hielt, als wollte man „die sechs größten Berge auf dem Mond beschlagnehmen“. Das auch von der CDU mitgetragene Gesetzesvorhaben, in NRW Gremien zur überbetrieblichen Mitbestimmung zu schaffen, scheiterte ebenso am Einspruch des britischen Landesbeauftragten wie ein Vorstoß des Landtags zur Bodenreform.

Das Bemühen um Reformen war aber nur die eine Seite in der Frühphase der Landespolitik. Die andere bestand in ganz „handfesten“ Problemen: Vor allem die Ernährungssituation bereitete allen Verantwortlichen große Sorgen. 1500 Kalorien sollte jeder pro Tag zu sich nehmen können, doch das war vielfach nur graue Theorie. Die Menschen hungerten. Verzweifelt protestierten sie in „Hungermärschen“. Arnold zeigte viel Verständnis für die Not der Bürger, die in einem Teufelskreis zu stecken schienen. Der Regierungschef sah es so: „Weil zu wenig Brot da ist, fördern wir nicht genug Kohle. Weil die Kohle nicht ausreicht, produzieren wir zu wenig Kunstdünger und sonstige Produktionsmittel. Weil Kunstdünger, Pflugscharen, Bindegarn u. a. fehlen, haben wir nicht genug Getreide, und weil es an Getreide fehlt, haben wir zu wenig Brot.“ Zu Beginn des Jahres 1948 wandte er sich Hilfe suchend an die Militärgouverneure der amerikanisch-britischen Zone. „Als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen“, so schrieb er, „fühle ich mich in meinem Gewissen verpflichtet, mit äußerstem Ernst auf die Gefahren der augenblicklichen Versorgungslage hinzuweisen“. Da eine Ausweitung der Streikaktionen „verhängnisvolle Auswirkungen für das wirtschaftliche und politische Leben in der ganzen Bizone nach sich ziehen würde“, seien Sofortmaßnahmen zwingend nötig. Die Kosten zusätzlicher Fisch-, Fett und Zuckerzuteilungen bezifferte er auf rund 80 Millionen Dollar. Sein beherzter Vorstoß hatte Erfolg; noch im Laufe des Jahres – nicht zuletzt aufgrund der Währungsreform – verbesserte sich die Versorgungslage in Nordrhein-Westfalen spürbar.

Die bi- bzw. trizonale Verschmelzung bedeutete die Weichenstellung zur Bildung eines westdeutschen Staates. In hohem Maße hatten daran die Regierungschefs der Länder Anteil, denn an sie als die höchsten deutschen Repräsentanten wandten sich die Westmächte im Juli 1948 mit dem Auftrag, die nötigen Schritte einzuleiten. Arnold trieb damals längst die Frage um, wie ein Auseinanderdriften der westlichen und östlichen Besatzungszonen und damit die Spaltung Deutschlands verhindert werden könnte. Ende März 1948 hatte er die Öffentlichkeit mit einem „Manifest an die deutsche Einheit“ überrascht, das auch im Ausland Beachtung fand. In seinem als „Appell an den Kontrollrat“ abgefaßten Papier machte er sich für die Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung stark. Alle Parteien, die in mindestens zwei Ländern der vier Besatzungszonen in einem Parla-

ment vertreten waren und mindestens fünf Prozent der Stimmen erreicht hatten, sollten vier Vertreter in einen Vorbereitenden Ausschuss entsenden, dem auch die Länderchefs angehören sollten. Die Nationalversammlung sollte an einem mittel-deutschen Ort zusammenkommen, an dem sich die amerikanische, britische und sowjetische Zone berühren. Nach Ausarbeitung der Verfassung sollte dieses Gremium eine provisorische Regierung ernennen.

Arnolds Plan wurde allerdings der faktischen Entwicklung nicht gerecht, da bereits wenige Tage zuvor der Kontrollrat „geplatzt“ war. Doch selbst nachdem die drei Militärgouverneure den westlichen Länderchefs Anfang Juli in Frankfurt den Auftrag erteilt hatten, die westdeutsche Staatsbildung einzuleiten, blieb er darauf bedacht, die Tür zur gesamtdeutschen Einigung ein Stück offen zu halten. Bei den nun einsetzenden intensiven Beratungen im Kreis seiner Amtskollegen pochte Arnold darauf, lediglich von „Grundgesetz“ zu sprechen. Dieser Begriff schien ihm nicht den definitiven Charakter zu haben wie „Verfassung“. Dementsprechend sollte auch nicht von „Verfassungsgebender Versammlung“, sondern lediglich von einem „Parlamentarischen Rat“ die Rede sein. Tatsächlich ließen sich die Militärgouverneure nach anfänglichen Bedenken von der Zweckmäßigkeit dieser semantischen Änderungen überzeugen.

Mit Erfolg machte sich Arnold damals auch dafür stark, dass Bonn Tagungsort des Parlamentarischen Rates wurde. Er legte zudem größten Wert darauf, dass Adenauer in diesem Gremium vertreten war. Sicherlich ahnte Arnold dessen bundespolitische Ambitionen und machte sich diesmal um so nachhaltiger zum Fürsprecher seines innerparteilichen Kontrahenten, weil er sich davon mehr Spielraum für seine Regierungsgeschäfte in Düsseldorf erhoffen konnte. Bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 im Bonner Museum Alexander Koenig unterstrich der NRW-Ministerpräsident in seiner Begrüßungsansprache erwartungsgemäß den vorläufigen Charakter der zu schaffenden Verfassung und des westdeutschen Staates: „Man bleibe uns fern mit dem wurzello-sen Geschwätz von einer Spaltung, von einer Separation zwischen Ost und West.“ Wenn eine gesamtdeutsche Verfassung noch nicht möglich sei, „so ist das wahrlich nicht unsere Schuld“. Den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates gab er für ihre Arbeit die Mahnung mit auf den Weg, bei jedem Wort des Grundgesetzes darauf zu achten, „ob es einer sachlichen Kritik aus gesamtdeutscher Sicht standhalten kann“. Nach Meinung des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU) nahm NRW auf die Beratungen des Parlamentarischen Rates viel zu wenig Einfluss. Zornig mahnte er Arnold im Januar 1949, sich stärker für die Verankerung des Föderalismus einzusetzen. Er hielt es für angebracht, „wenn in der bevorstehenden Endphase bei dem größten deutschen Land, das nun einmal Nordrhein-Westfalen ist, der Länderwille sich politisch etwas stärker fühlbar machen würde als es bisher der Fall war.“

# Der Europapolitiker

Arnold war nach dem Krieg ein beherzter Verfechter der Europa-Idee, überzeugt davon, dass gemeinschaftliches Handeln an die Stelle von engstirnigem nationalstaatlichen Denken rücken müsse. Als geradezu widersinnig und unvereinbar mit dem Hilfsprogramm für Europa, dem so genannten Marshall-Plan, prangerte er 1947 im Düsseldorfer Landtag die Demontagepolitik der Alliierten an, von der NRW besonders hart betroffen war: 294 oder 43 Prozent aller Objekte, die auf einer amerikanisch-britischen Demontageliste aufgeführt waren, befanden sich an Rhein und Ruhr. Weitere Rückschläge auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa kamen hinzu: Zwei Jahre nach Endes des Krieges schickten sich die Niederlande und Belgien an, „Grenzkorrekturen“ vorzunehmen, bei denen es sich in den Augen vieler konsternierter Deutscher um nichts anderes als Annexionen zu handeln schien. Die Niederlande beanspruchten nach eigenen Angaben eine Fläche von 1750 Quadratkilometern mit 120 000 betroffenen Einwohnern; Belgien pochte auf 30 Quadratkilometer mit 3850 Einwohnern. Für Arnold waren insbesondere die niederländischen Gebietsansprüche „weder geschichtlich noch ethnografisch“ zu rechtfertigen. Er wurde nicht müde, den europäischen Geist zu beschwören und an die nordrhein-westfälischen Nachbarstaaten zu appellieren, von ihrem Vorhaben abzulassen.

Nach einer Phase relativer Ruhe spitzte sich die Lage im Frühjahr 1949 zu. Zwar schraubten die Niederlande, Belgien und Luxemburg ihre Forderungen auf insgesamt 135 Quadratkilometer (13 500 Einwohner) herunter, doch NRW als das am stärksten betroffene Land mochte dies keinesfalls hinnehmen. Arnold betonte, eine wahrhaft europäische Politik müsse darauf ausgerichtet sein, „dass die staatlichen Grenzen mehr und mehr auf die Bedeutung von Verwaltungsgrenzen zurückgehen“. Als Kompensation für einen Verzicht auf ihre Forderungen bot er den Niederlanden Hilfe bei der Trockenlegung der Zuidersee an. Während Belgien zu Konzessionen bereit war und nur noch eine Grenzarrondierung von 20 Quadratkilometern Fläche anstrebte, zeigte sich Den Haag unnachgiebig. In dieser Situation setzte Arnold alles auf eine Karte und reiste im April 1949 Hals über Kopf in die niederländische Hauptstadt, um die Politiker im letzten Moment umzustimmen. Die aber zeigten sich höchst irritiert über die ungewöhnliche Intervention des NRW-Regierungschefs. Aussenminister Stikker war nur zu einer kurzen Unterredung mit dem ungebetenen Gast bereit. Mit seiner unorthodoxen Diplomatie konnte Arnold letztlich nichts bewirken – er musste sich später allerdings auch niemals vorhalten lassen, nicht alles versucht zu haben, die Annexionen abzuwenden. Die Rückgabe der besetzten Grenzgebiete – darunter das Amt Selfkant und die Gemeinde Elten – im August 1963 hat er nicht mehr erleben können.

Das wirtschaftlich bedeutsame Ruhrgebiet hatte sofort nach dem Krieg die Begehrlichkeiten insbesondere der Sowjetunion auf sich gelenkt. Nicht zuletzt deshalb hatte sich London für die „operation marriage“ entschieden. Das war den Franzosen aber nicht genug: Paris pochte auf internationale Kontrolle. Arnold zeigte damals durchaus Verständnis für das große Sicherheitsbedürfnis der Franzosen, hoffte aber, dass die geplante Sozialisierung im Montanbereich deren Sorgen zerstreuen könnte. Weil er auch hier auf eine europäische Lösung baute, machte ihn die Verkündung des Ruhrstatuts, das keine Beteiligung der Deutschen an der geplanten Ruhrbehörde vorsah, besonders betroffen. Arnold beklagte vehement, dass „die Stunde für eine großzügige Lösung des Ruhrproblems im europäischen Rahmen nicht genützt“ worden sei. Doch mit dieser nüchternen Bestandsaufnahme wollte er sich begnügen. Er mochte nicht glauben, dass sich die Westmächte an dieser Stelle dauerhaft dem europäischen Einigungsgeist verschließen könnten. Weil Arnold wußte, dass Politik auch das lange Bohren dicker Bretter bedeutet, griff er in seiner Ansprache zum neuen Jahr 1949 einen Gedanken auf, der im Grunde die Vorwegnahme des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bedeutete. „Könnte man nicht“, so fragte er, „an Stelle einer einseitigen und daher notwendigerweise verärgernenden Kontrolle des Ruhrgebiets einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage errichten?“ Deutschland sollte in diesen Verband die Ruhr, Frankreich das lothringische Erzvorkommen, beide Länder die Saar und Belgien sowie Luxemburg ihre Schwerindustrie einbringen. Arnold an Adresse der Westmächte: „Wer Europa bejaht, der verneint eine einseitige Internationalisierung der Ruhr, und wer eine einseitige Kontrolle der Ruhr bejaht, der verneint Europa.“

## Die erste Bundestagswahl

Obwohl seinerzeit spekuliert wurde, Arnold trachte nach dem Amt des Bundeskanzlers, hatte er solche Ambitionen wohl nicht. Im Bundestagswahlkampf bekräftigte er vielmehr, sich weiterhin der Landespolitik zuwenden zu wollen, „um das ganze Gewicht unseres Landes ... in der künftigen Bundespolitik zur Geltung zu bringen.“ Aber er hatte durchaus konkrete Vorstellungen, wie die erste bundesrepublikanische Regierung aussehen sollte: Im Gegensatz zu Adenauer plädierte er für eine Große Koalition nach Düsseldorfer Vorbild. Auch die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“ – die Briten hatten Arnold 1946 zusammen mit Anton Betz, Erich Wenderoth und Friedrich Vogel zu Lizenzträgern der neuen Zeitung ernannt – machte sich dafür stark. Doch bei einem Treffen in seinem Rhöndorfer Haus, zu dem Arnold bezeichnenderweise nicht eingeladen war, setzte sich Adenauer mit seiner Absicht durch, eine bürgerliche Regierung zu bilden.

Hinzu kam: Mit Bayerns Regierungschef Hans Ehard (CSU) vereinbarte Adenauer, dass dieser der erste Präsident des Bundesrates werden sollte. Dieses eigenmächtige Vorgehen, das eine eklatante Verletzung ihrer Einflussphäre bedeutete, mochten sich die Länderchefs natürlich nicht gefallen lassen. Hinter den Kulissen wurden emsig die Strippen gezogen mit dem Ergebnis, dass am 7. September 1949 nicht Ehard, sondern der NRW-Regierungschef mit sämtlichen Stimmen (außer denen Bayerns) an diese Stelle rückte. In einem Interview kam Arnold wenig später auf den wunden Punkt zu sprechen: „Es wäre denkbar gewesen, dass der Bundesrat mit der gleichen Einmütigkeit den bayerischen Ministerpräsidenten zu seinem Präsidenten gewählt hätte, wenn nicht der Eindruck entstanden wäre, als ob die Besetzung des Präsidentenpostens im Bundesrat bereits Gegenstand konkreter Verhandlungen im Rahmen der Regierungsbildung gewesen wäre.“ Das war eine schallende Ohrfeige für den designierten (erst am 15. September gewählten) Bundeskanzler und zugleich eine Machtdemonstration des nordrhein-westfälischen Regierungschefs, der entschlossen war, das den Ländern und insbesondere Nordrhein-Westfalen zukommende politische Gewicht zur Geltung zu bringen.

Im Herbst 1949 kamen in Düsseldorf derweil die Verfassungsberatungen wieder in Gang, die mit Blick auf die Gründung der Bundesrepublik eingefroren worden waren. Arnold leitete seinem Innenminister Menzel (SPD) im November den von einer Expertengruppe ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zu, der für reichlich Zündstoff sorgte. Immerhin wurden darin auch einklassige Schulen zum geordneten Schulbetrieb gezählt – vor allem in den Augen der Sozialdemokraten ein Unding. Den Unwillen des konservativen Flügels der CDU sowie der FDP erregte wiederum die Absicht, Bergbau und Großindustrie mit monopolartigem Charakter in Gemeineigentum zu überführen. „wenn es das Gemeinwohl erfordert“. Der Entwurf schlug auch die Schaffung eines Staatsrates vor, der – beschickt von den noch zu gründenden Landschaftsverbänden – in die Landesgesetzgebung eingeschaltet werden sollte.

Arnolds Entwurf kontrastierte in zentralen Punkten zu den Vorschlägen, die Menzel bereits 1947 unterbreitet hatte. Die Differenzen konnten nur zum Teil beseitigt werden. Das Kabinett verabschiedete Ende November 1949 schließlich eine 90 Artikel umfassende Vorlage, die in den umstrittenen Fragen – so etwa im Schulbereich – Mehr- und Minderheitsvoten enthielt. Arnold hielt dieses Verfahren nicht für problematisch: „Es sind schon viele rechtsgültige Kabinettsbeschlüsse ohne Einstimmigkeit gefasst worden, und ich glaube, dass weder der Landtag noch ein Volksentscheid die Verfassung zur einstimmigen Annahme bringen werden.“ Das sollte durchaus zutreffen. Doch zunächst war der Landtag am Zug. Bei den Beratungen im Verfassungsausschuss wurde zwar die von Arnold favorisierte Staatsrats-Lösung verworfen, aber an der Soll-Bestimmung zur Sozialisierung von Großbetrieben der Grundstoffindustrie festgehalten. Die Kluft zwischen den Parteien war nicht zu überbrücken. Für die SPD war der Verfassungsentwurf ein „Dokument der sozialen Unzulänglichkeit, des staatspolitischen Föderalismus und des konfessionellen Separatismus“. Vergebens mahnte Arnold, Gegensätzliches hint-

anzustellen und das Gemeinsame zu würdigen. Auch wenn er sich keine Illusionen über die Einschätzung der anderen Parteien machte, so hoffte er doch auf eine möglichst breite Unterstützung. „Die beste Verfassung“, so meinte er an der Jahreswende 1949/50, „ist nicht in der Lage, Lebensgefahren von der staatlichen Gemeinschaft fern zu halten, wenn sie nicht von dem sittlichen Ernst und dem freiheitlichen Willen der Bevölkerung getragen ist.“ Insofern war der Ausgang der Schlussabstimmung im Landtag am 6. Juni 1950 für ihn sicherlich eine herbe Enttäuschung: Lediglich CDU und Zentrum stimmten für den Verfassungsentwurf, der am 18. Juni, am Tag der Landtagswahl, der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden sollte.

## Hetzkampagne gegen Arnold

Mit Spannung wurde das Votum der Bürger Nordrhein-Westfalens erwartet. Das Ergebnis fiel eindeutig, wenngleich nicht überwältigend aus: 57 Prozent stimmten der Landesverfassung zu (die seither übrigens nur 15mal geändert wurde). Demgegenüber erhielten die beiden verfassungstragenden Parteien CDU und Zentrum zusammen nur 44,4 Prozent – das Zentrum 7,5 und die CDU 36,9 Prozent. Aufgrund der Überhangmandate verfügten beide Parteien zwar über eine hauchdünne Mehrheit im Landtag, doch Arnold war entschlossen, die bisherige Koalition fortzusetzen und versicherte sich dazu der Unterstützung des DGB-Vorsitzenden Böckler. Adenauer war außer sich vor Zorn. Er wertete das Wahlergebnis in NRW als Bestätigung für die bürgerliche Koalition in Bonn und pochte auf einen Kurswechsel in Düsseldorf. Sein Favorit für den Posten des Regierungschefs, Finanzminister Heinrich Weitz, hatte allerdings nicht den Sprung in den Landtag geschafft und kam mithin für dieses Spitzenamt nicht in Frage.

Jene Wochen waren die wohl härteste Zeit im politischen Leben Karl Arnolds. Gegen ihn wurde innerparteilich eine Hetzkampagne übelster Sorte losgetreten. Einer der Hauptakteure war Karl Müller, der von Adenauer eingesetzte Vorsitzende des „Koordinierungsausschusses“, mit dem die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen zur Landtagswahl organisatorisch zusammengeführt werden sollten. Mit Beschuldigungen und gekauften Zeugen sollte Arnold offenbar systematisch verleumdet in die Nähe des Rotlicht-Milieus gerückt werden. Einer Parteifreundin schrieb der Angegriffene entnervt: „Wenn unsere Wähler davon wüssten, wie sehr das Wort ‚christlich‘ in unserem Namen Fassade geworden ist.“ Es gibt zwar keinen Beleg dafür, dass der Kanzler mit dieser Kampagne direkt in Verbindung stand, aber Zeitgenossen meinten schon damals, dass sich all diese unappetitlichen Dinge „im Sinne Adenauers“ entwickelt hätten. Fest steht: Er war bei seinen Attacken unerbittlich, während Arnold oft mit ohnmächtiger Wut reagierte. Dazu Heinz Kühn in seinen Memoiren: „In der Tat besaß Arnold zu wenig Eisen im Blut, besaß er zuwenig Illusionslosigkeit und Menschenverachtung, hatte er

zuwenig Sinn für eiskaltes taktisches Kalkül und zielbewusste politische Machtanwendung. Arnold hat Adenauer gehasst, Adenauer hat Arnold verachtet.“

Trotzig bestand Arnold 1950 auf Fortsetzung der Koalition mit der SPD. Das Ergebnis der Landtagswahl sei schließlich „ein Vertrauensbeweis für unsere Regierungstätigkeit“. Die Konfusion war groß: Während sich CDU, FDP und Zentrum auf ein neues Bündnis verständigten und Arnold am 27. Juli im Landtag zum Ministerpräsidenten wählten, weigerte sich dieser, eine entsprechende Drei-Parteien-Regierung zu bilden und bot sogar seinen Rücktritt an. Um einen Eklat zu vermeiden, plädierte die Union für die Bildung eines nur von ihr besetzten „Übergangskabinetts“, was von der SPD umgehend als Bruch der Verfassung gebrandmarkt wurde. Während Arnold noch immer auf eine Regierungsbeteiligung der SPD setzte, platzte dem Kanzler und CDU-Vorsitzenden der Kragen: Er forderte Arnold beinahe ultimativ auf, entweder sein Kabinett zu erweitern oder zurückzutreten. Der „Informationsdienst der CDU“ höhnte, Arnold habe sich mit seiner Aufgabe wohl übernommen. Solcherart unter Druck geraten, entschloss sich Arnold zum Handeln – auf seine Weise: Er nahm lediglich das Zentrum in seine Regierung auf. Allen Unkenrufen zum Trotz hatte die Zweierkoalition trotz ihrer knappen Mehrheit im Landtag die gesamte Legislaturperiode über Bestand.

## NRW – das soziale Gewissen der Bundesrepublik

In seiner Regierungserklärung vom 21. September ließ Ministerpräsident Karl Arnold das Gerangel um die Regierungsbildung nicht unerwähnt: Er widersprach der Einschätzung, dass die Länderregierungen ein getreues Spiegelbild der jeweiligen Bundesregierung zu sein hätten. In seiner Rede formulierte er auch jenen Anspruch, der die Kurzformel seines politischen Konzeptes darstellte: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Daran, dass er sich an diesem Anspruch messen lassen wollte, konnte kein Zweifel herrschen. Das Ahlener Programm der CDU, so betonte er bald darauf an der Jahreswende 1950/51, sei doch nicht als Museumsstück gedacht gewesen, sondern harre noch immer seiner Umsetzung. Arnolds Kritik galt nicht allein dem Steuerrecht, das seiner Ansicht nach die Gefahr in sich barg, dass „die Reichen reicher und die Armen ärmer“ würden. Zuviel werde von Remilitarisierung gesprochen, so kritisierte er, aber „viel zu wenig von der sozialen Sicherheit, die unserem Volk durch eine sinnvolle Neuordnung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gegeben werden“ müsse.

Beispiel Mitbestimmung: Als leidenschaftlicher Verfechter einer „echten und wahren Gleichberechtigung“ der Arbeitnehmer stellte sich Arnold zu Beginn des

Jahres 1951 im Tauziehen um die Einführung der paritätischen Mitbestimmung im Montanbereich ostentativ an die Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beispiel Vermögensbildung: Mitbesitz in Arbeitnehmerhand war und blieb eine der zentralen Leitlinien in Arnolds politischem Neuordnungskonzept. 1951 ging er mit seinem „Zwei-Pfennig-Plan“ an die Öffentlichkeit: Eine Lohnerhöhung um beispielsweise zwei Pfennig solle von den Arbeitnehmern um denselben Betrag aufgestockt werden, so dass insgesamt vier Pfennig pro Arbeitsstunde zur Finanzierung von Investitionen in der Grundstoffindustrie zur Verfügung stünden. Bei 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern, so Arnold weiter, ergäbe dies eine „bedeutsame Kapitalbildungsquelle“. Kritische Einwände, sein Vorstoß sei romantisch und wirklichkeitsfremd, wies er zurück. Er bezeichnete all diejenigen als Phantasten, die meinten, es könne in der Bundesrepublik bei der vorhandenen Eigentumsverteilung bleiben. Später, als er sich von Sozialisierungsabsichten gelöst hatte, pochte Arnold weiterhin auf eine gerechtere Verteilung des Eigentums in der Bundesrepublik, auf – wie er sagte – „Eigentumsbildung in breiter Hand“.

Der unmittelbaren Aufbauphase in Nordrhein-Westfalen folgte in den 50er Jahren der landespolitische Ausbau. Mit der Schaffung des Landesjugendplans beispielsweise stellte NRW als eines der ersten Länder die Förderung der Jugendpolitik auf ein gesichertes finanzielles Fundament. Die Verabschiedung des allgemeinen Schulgesetzes (1952) sorgte für klare, allerdings nicht unumstrittene Fakten an der Schulfront. Hinzu kamen Wohnungsbau-Förderung, die Schaffung der Landespolizei, Gründung der Landschaftsverbände, Elektrifizierung der Eisenbahn, Förderung der Wissenschaft und die Einrichtung einer eigenen nordrhein-westfälischen Rundfunkanstalt, des Westdeutschen Rundfunks (WDR), um nur wenige Beispiele zu nennen. Zugleich wuchs die Zahl der Landesbediensteten, was schon damals für heftige Kritik sorgte. Bei der Besetzung von Positionen des politischen Beamtentums – u.a. Regierungs- und Polizeipräsidenten – war Arnold bestrebt, nicht nur die Regierungsparteien zu „bedienen“, sondern auch die Opposition zu berücksichtigen. Dieses Proporzdenken bei der Besetzung von Führungspositionen ist als „Arnoldscher Schlüssel“ in die Geschichte des Landes eingegangen.

Schon damals wurden bereits vorhandene Strukturen auf den Prüfstand gestellt. So meinte Arnold, statt der sechs Regierungsbezirke genügten zwei – er äußerte sich allerdings nicht dazu, welche ihm vorschwebten. Im Zusammenhang mit der Arbeit des so genannten Luther-Ausschusses zur Neuordnung des Bundesgebietes kam damals auch der Grenzverlauf zwischen NRW und Rheinland-Pfalz ins Gerede. Dessen Regierungschef Peter Altmeier (CDU) wandte sich im Dezember 1953 erzürnt an seinen NRW-Kollegen, weil dieser doch gesagt habe, dass „Trier und Koblenz wie reife Äpfel am Baum hängen“. Arnold beschwichtigte Altmeier und versicherte, „dass ich sicher nicht zu denen zähle, die, wie Sie schreiben, von einer etwaigen Neugliederung des Bundesgebietes sprechen, aber immer nur die Aufteilung oder Einkassierung von Rheinland-Pfalz meinen.“ Dennoch war

die Besorgnis von Altmeier wohl nicht ganz unberechtigt. Gut ein Jahr später, als sich Arnold für eine Vertagung der Neuordnungsfrage aussprach, meinte er zur Begründung, „dass eine Neugliederung des Bundesgebietes sich nicht in einer Auflösung und Verteilung des Landes Rheinland-Pfalz beschränken darf.“

## Kanzler gegen Schmusekurs

Anfang 1952 unternahm Arnold noch einmal einen Vorstoß zur Aufnahme der SPD in die Landesregierung. Ein weiterer Verbleib der Sozialdemokraten in der Opposition, so erläuterte er parteiintern, würde zu einem „Gärungsprozess nach der linken Seite hin“ führen. Die Argumentation wirkte anscheinend wenig überzeugend. Die Fraktion mahnte, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob man der SPD hinterherlaufe. Adenauer wollte von Arnolds Gedankenspielen sowieso nichts wissen, zumal er in Bonn einen Kurs steuerte, der sich deutlich von den innen- und außenpolitischen Vorstellungen der SPD abhob. Einen „Schmusekurs“ mit den Genossen auf Landesebene hielt er daher für völlig verfehlt. Zur Nagelprobe kam es in Düsseldorf aber nicht, da innerhalb der SPD mit Blick auf die anstehende Wehrdebatte die Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Regierungsbeihilgung wuchsen.

Auch aus der dritten Landtagswahl am 27. Juni 1954, in deren Vorfeld – das Medienzeitalter bahnte sich an – Arnold Hunderte von Jugend- und Altersheimen mit Fernsehapparaten versorgt hatte, ging die nordrhein-westfälische CDU als stärkste Partei hervor. Zur Fortsetzung der „Kleinstkoalition“ mit dem Zentrum reichten die Mehrheitsverhältnisse im Landtag aber nicht aus. Dagegen wäre ein Bündnis mit den Liberalen möglich gewesen, und genau darauf drängte Adenauer Arnold sofort nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Anders als früher unterließ er es diesmal, für den Posten des Ministerpräsidenten eine personelle Alternative ins Spiel zu bringen. Arnold war inzwischen viel zu populär, als dass der Kanzler von Bonn aus seine Wiederwahl hätte hintertreiben können. Und natürlich gab auch die Fraktion ihrem bewährten „Zugpferd“ Arnold geschlossen Rückendeckung.

Der inzwischen 53-jährige Unionspolitiker nahm damals zwar auch Gespräche mit der SPD auf, stellte an sie allerdings die Bedingung, den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung mitzutragen. Die NRW-SPD wies dieses Ansinnen jedoch als „unsittlich“ zurück. Nolens volens wandte sich Arnold darauf hin der FDP zu, die ihn im vorausgegangenen Wahlkampf wegen seiner „föderalistischen Eskapaden“ heftig angegriffen hatte. Damit war vor allem das erbitterte Tauziehen zwischen dem Bundeskanzler und den Ländern, allen voran Nordrhein-Westfalen, um die Ratifizierung des EGKS-Vertrags gemeint. Aber auch Arnold hatte schwere Bedenken. Ihm war der FDP-Landesverband wegen deutsch-nationaler bzw. nationalso-

zialistischer Einsprengsel in hohem Maße suspekt. Auch deswegen hatte er sich 1950 vehement dagegen gewehrt, die Liberalen in sein Kabinett aufzunehmen. Doch diesmal führte an einer Koalition kein Weg mehr vorbei: Die FDP erhielt zwei Ministerien: Willi Weyer übernahm das Wiederaufbauministerium, und FDP-Landeschef Friedrich Middelhaue erhielt das Ressort Wirtschaft und Verkehr. Für das Zentrum saß weiterhin Rudolf Amelunxen (Justiz) am Kabinetttisch.

Nach dem Scheitern des Vertrags zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) setzte sich Arnold rückhaltlos für den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) sowie zur NATO ein. Allerdings sollten sich seiner Einschätzung nach beide Bündnisse nicht nur auf rein militärische Aufgaben beschränken, sondern zugleich einen „sozialen Verteidigungsbeitrag“ in Form großzügiger Entwicklungshilfe leisten. Die Mitwirkung Deutschlands am westlichen Verteidigungsbündnis war für ihn eine „harte nationale Notwehrpflicht“. Arnold war Realist genug, um zu erkennen, dass ein Zusammenführen der beiden deutschen Staaten, wie er noch vor Jahren erhofft hatte, inzwischen in weite Ferne gerückt war. Seine Reise nach Moskau bestärkte ihn dieser Einschätzung: Als Vorsitzender des Bundesrats-Ausschusses für Auswärtiges gehörte er der Delegation an, mit der Bundeskanzler Adenauer im September 1955 nach Moskau flog. Der NRW-Regierungschef konnte somit aus allernächster Nähe mitverfolgen, wie der Kanzler und der Erste Sekretär der KPdSU, Chruschtschow, um die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen feilschten. Als nach der Drohung der deutschen Delegation, vorzeitig die sowjetische Hauptstadt zu verlassen, endlich der Durchbruch gelang, wandte sich Chruschtschow an den offenbar noch skeptischen Ministerpräsidenten und sagte ihm: „Wir werden die Gefangenen freilassen. Seien Sie versichert: Das Wort der Sowjetunion bedeutet mehr als ein Dokument.“ So berichtete Arnold bald nach Rückkehr von der spektakulären Reise. An Chruschtschow wandte er sich auch im darauffolgenden Jahr (er war zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr Ministerpräsident) wegen der blutigen Niederschlagung des Aufstands in Ungarn: Vor 17 000 Menschen prangerte Arnold in einer Rede in Bochum die Friedensbrecher an und bezeichnete in diesem Zusammenhang die deutsche Teilung als „Sünde wider die göttliche Ordnung“. Arnold forderte den Kreml-Chef auf: „Geben Sie die Zone frei.“

# Der Sturz

An der Jahreswende 1955/56 bahnte sich auf Bundesebene ein schwerer Streit zwischen Union und FDP um die geplante Wahlrechtsreform an, der wenige Monate später zum Sturz Karl Arnolds führen sollte. Die FDP wehrte sich massiv gegen die Pläne aus der Union, das so genannte Grabenwahlrecht einzuführen. Demnach sollte es keine Anrechnung der direkt errungenen Mandate auf die nach der Verhältniswahl gewählten Abgeordneten geben – eine klare Benachteiligung der kleineren Parteien, die kaum Chancen hatten, Bundestagswahlkreise direkt zu erobern und somit in den „Graben“ gefallen wären. Adenauer, der wegen gravierender Meinungsunterschiede über die Außen- und Deutschlandpolitik ohnehin nicht gut auf die Liberalen zu sprechen war, zeigte sich längere Zeit unnachgiebig; auch dann noch, als die FDP mit Konsequenzen in den Bundesländern drohte. Der Streit eskalierte: Eine Gruppe jüngerer FDP-Politiker entschloss sich in Düsseldorf zum Machtwechsel. Zu diesen „Jungtürken“ zählten u. a. FDP-Landesgeschäftsführer Wolfgang Döring, Willi Weyer und der Bundestagsabgeordnete Walter Scheel, der spätere Bundespräsident. Die „Rebellen“ beschlossen am Abend des 30. Januar 1956, Arnold zu stürzen, und zwar „ganz gleich, wie in Bonn die Verhandlungen über das Bundeswahlgesetz ausgehen“. Obwohl nicht alle Liberalen diesen folgenschweren Beschluss mittrugen (vor allem FDP-Landeschef Middelhaufe machte sich für die Fortsetzung der Koalition stark), waren ab diesem Moment Arnolds Tage als Regierungschef gezählt, auch wenn der Grabenwahlrecht-Entwurf schließlich in der Versenkung verschwand.

Wenig später überschlugen sich die Ereignisse. Aus tiefer Verärgerung über die Drohungen der Liberalen erkundete Arnold Anfang Februar die Chancen für eine Koalition mit der SPD. Die stand inzwischen aber schon in engem Kontakt mit der FDP und wollte sich nicht vorhalten lassen, „auf zwei Klavieren“ zu spielen. Die Bildung des ersten sozialliberalen Bündnisses in NRW war damit nicht mehr aufzuhalten. Der Weg dorthin führte über das in Artikel 61 der Landesverfassung vorgesehene Instrument des Konstruktiven Misstrauensvotums. Am 8. Februar beschloss die FDP-Fraktion die Abwahl von Ministerpräsident Arnold (in dessen Kabinett sie noch mit zwei Ministern vertreten war) und die Wahl des SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Steinhoff als Nachfolger. Rein rechnerisch war für das sozialliberale Lager bereits alles gelaufen, verfügte es doch über 101 Stimmen, während CDU und Zentrum lediglich 99 Sitze besaßen.

Hinzu kam: Arnold selbst rechnete nicht einmal mit der geschlossenen Unterstützung durch seine eigene Fraktion. Gockeln, so gab er im vertraulichen Gespräch zu verstehen, und „eine Dame aus Köln“ (vermutlich Hilde Röskau, die sich von Arnold enttäuscht fühlte und im April zur FDP überwechselte) würden vermutlich nicht für ihn stimmen. Dennoch rechnete er sich Chancen aus, die

Abstimmung, die für den 20. Februar angesetzt war, zu überstehen. Möglicherweise wusste er von Versuchen aus Kreisen der Wirtschaft, einige Liberale umzustimmen, damit die Koalition von CDU, FDP und Zentrum erhalten bliebe. Angeblich soll es sich um Geldangebote von bis zu 100 000 Mark gehandelt haben. Arnold dementierte später allerdings, hierüber Kenntnis gehabt zu haben.

Völlig zu Recht hielt der Ministerpräsident der FDP am 16. Februar – vier Tage vor der weit über die Landesgrenzen hinaus mit Spannung erwarteten Abstimmung – vor, dass es für das Misstrauensvotum nicht einen einzigen landespolitischen Grund gebe. Selbst die Liberalen räumten ein, dass sich ihr Schlag gegen die Bundespolitik richte. Arnold konterte: „Eine Schlacht in einem falschen Saale.“ Für die Landtagssitzung am 20. Februar wurden – es kam schließlich auf jede Stimme an – sogar zwei kranke Abgeordnete in den Plenarsaal getragen. Da Friedrich Middelhaue wie angekündigt der Sitzung fernblieb, stand es 100 zu 99 gegen Arnold.

Das von Landtagspräsident Gockeln verkündete Ergebnis der namentlichen Abstimmung fiel noch deutlicher aus: Für Arnolds Sturz votierten sogar 102 Abgeordnete; mit Nein stimmten 96; ein Parlamentarier enthielt sich. Bei geschlossenem Abstimmungsverhalten von SPD und FDP – das Zentrum hatte sich gegen den Umsturz ausgesprochen – müssen sich demnach zwei Abgeordnete von CDU und/oder Zentrum ebenfalls gegen Arnold entschieden haben. Sein ehemaliger Innenminister, der spätere NRW-Ministerpräsident Franz Meyers (1958-1966), beschreibt in seinen Erinnerungen die dramatische Szene im Düsseldorfer Landtag so: „Unter den Stimmzählern befand sich auch die FDP-Abgeordnete Liselotte Funcke. Plötzlich riss sie lachend die Hände hoch, lief vom Zählstisch weg und drückte Steinhoff, der auf seinem Abgeordnetensitz saß, beide Hände. Das war das Zeichen zu einem allgemeinen Tumult. Während Karl Arnold leichenblass und fast ein wenig wankend die Regierungsbank verließ und nach einem Händedruck mit Steinhoff durch eine Hintertür aus dem Plenarsaal ging, jubelten FDP- und SPD-Abgeordnete dem neuen Ministerpräsidenten Steinhoff zu.“

Die Abstimmung habe durchaus im richtigen Saale stattgefunden, beharrte die SPD trotzig: „Nach allen strategischen Erfahrungen bestimmt der Angreifer stets den Kampfplatz und den Kampftermin.“ Über die Kabinette Arnolds, so der SPD-Politiker Alfred Dobbert spitzzüngig, sei 1950 und 1954 schließlich auch in Bonn und nicht in Düsseldorf entschieden worden. Da die NRW-CDU 1954 ihren Wahlkampf unter dem Motto „Mit Arnold für Adenauer“ geführt habe, sei es „doch nur folgerichtig, dass wir nun durch das Misstrauensvotum daraus folgern: Mit Arnolds Sturz gegen Adenauers Politik.“

Seine Niederlage, für die ihn persönlich keine Schuld traf, hat Karl Arnold mächtig zugesetzt. Er soll „furchtbar deprimiert“ gewesen sein, hieß es aus seiner Umgebung. Die Liberalen, die in der Regierung Steinhoff mit vier Ministern

überaus stattlich vertreten waren, hielt er für „bedenkenlose Techniker der Macht“. Trotz seiner Verbitterung verfiel Arnold aber nicht in Resignation. Vielmehr krepelte er wieder einmal die Ärmel hoch und machte deutlich, dass mit ihm in der Politik weiterhin zu rechnen sei.

Innerparteilich sah sein Neustart so aus: Arnold schuf für die beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen ein gemeinsames Landespräsidium, dessen Leitung er übernahm; als Geschäftsführer setzte er Rainer Barzel ein. Das Präsidium repräsentierte immerhin 100 000 Mitglieder. Mit einer solch gewaltigen Hausmacht im Rücken ließ sich Arnold auf dem CDU-Bundesparteitag im April 1956 in Stuttgart zusammen mit Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe von Hassel und Jakob Kaiser zu einem der vier Stellvertreter von Parteichef Adenauer wählen. Der Parteivorsitzende wehrte sich bis zuletzt mit Händen und Füßen dagegen. Arnold, so der Kanzler, werde doch in Düsseldorf gebraucht – und überhaupt: Wirke seine Wahl nicht wie eine Flucht aus der Landespolitik? Hinterher zürnte der „Alte“, der Stuttgarter Parteitag sei von der NRW-CDU regelrecht „übertumultet“ worden.

Dennoch machte Adenauer ihm nach der Bundestagswahl 1957 das Angebot, als Vizekanzler in die Regierung einzutreten und, so Gottfried Arnold weiter, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu übernehmen. Eine Geste der Aussöhnung oder eher der Versuch, Arnold zu „bändigen“, indem er ihn der Kabinettsdisziplin unterwerfen wollte? Vermutlich eher Letzteres, denn Arnold, der bestens vertraut war mit den Feinheiten des Kanzlers, lehnte die Offerte ab. Gottfried Arnold dazu: „Das Motiv Karl Arnolds für die Ablehnung war: Er wollte ohne Einbindung in die Bundesregierung bei der Landtagswahl 1958 die absolute Mehrheit für die CDU an Rhein und Ruhr gewinnen.“ Im übrigen war Arnolds kritische Distanz zu Adenauer inzwischen hinlänglich bekannt. Anscheinend färbte sie sich auch auf das Verhältnis zu seinen Mitarbeitern ab. Dazu Franz Meyers in seinen Erinnerungen: „Der empfindsame Schwabe sah jeden, der mit dem Bundeskanzler gut stand, als einen Gegner an.“

Durch seine Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse (CDA) in NRW machte Arnold bald darauf deutlich, dass er sein Engagement in der Partei noch intensivieren wollte und dabei vor allem auf den ihm seit jeher so am Herzen liegenden Arbeitnehmerflügel zu bauen gedachte. Nicht auszuschließen, dass der gestürzte Ministerpräsident, der im Juni 1956 von der Technischen Hochschule Aachen mit dem Titel eines Dr. Ing. ehrenhalber ausgezeichnet wurde, den Vorsitz der Bundespartei im Auge hatte. Nach seiner Abwahl in Düsseldorf beschäftigte er sich in seinen Reden jedenfalls auffällig häufig mit bundespolitischen Themen. In einer Artikelserie in der von ihm mit herausgegebenen Düsseldorfer „Rheinischen Post“ hielt er der Bundesregierung mehrfach schonungslos den Spiegel vor. Diese Artikel-Serie war allerdings nicht mit seinem Namen, sondern nur mit drei Stern-

chen versehen. In einem dieser Beiträge beklagte Arnold einmal mehr die Eigentumsentwicklung in der Bundesrepublik und warf der Regierung Adenauer „einen bedauerlichen Mangel an Klarheit über die zu treffenden Maßnahmen“ vor. Ein anderes Mal lobte er den indischen Premier Nehru als Friedensvermittler zwischen Ost und West. Da der anonyme Autor in diesem „Sternchen-Artikel“ preisgab, selbst einmal mit Nehru gesprochen zu haben, dürften aufmerksame Beobachter spätestens jetzt erraten haben, um wen es sich handelte. Arnold hatte im Jahr zuvor ein halbstündiges Gespräch mit Nehru bei dessen Zwischenaufenthalt in Düsseldorf geführt. Während er große Hoffnungen in den Inder setzte, war Adenauer skeptisch eingestellt. In seinen Memoiren schreibt er offen: „Nehru schien mir nicht wie ein Realist.“

Mit ungeheurem Elan stürzte sich Arnold in die Parteiarbeit. Für die Bundestagswahl 1957 kandidierte er im Wahlkreis 62 (Geilenkirchen-Erkelenz-Jülich), wobei er nach Adenauer auf Platz zwei der Landesliste abgesichert wurde. Es wird ihm gewiss geschmeichelt haben, dass ihn damals eine Gruppe von etwa 50 CDU-Bundestagsabgeordneten („Stegerwald-Kreis“) sogar als Kanzler-Kandidaten ins Spiel brachte. Ambitionen auf dieses Amt hat er indes nicht erkennen lassen, auch wenn Gegenteiliges spekuliert wurde (Kühn in seinen Memoiren: „Karl Arnold war von brennendem Ehrgeiz erfüllt, und sein Ziel war das Amt des Bundeskanzlers“). Wenn dies tatsächlich der Fall gewesen wäre, hätte Arnold das Amt des Vizekanzlers wohl nicht ausgeschlagen.

Seinen Wahlkreis „eroberte“ er im September 1957 mit stattlichen 72 Prozent. Dies konnte Adenauer indes wenig beeindrucken. Er kritisierte die hohe Zahl von Neulingen in der Bundestagsfraktion (90 von 270) und bezog dies ausdrücklich auch auf Arnold. Es habe Fälle gegeben, so der Kanzler, bei denen lokale und personelle Gründe, nicht jedoch die Bedürfnisse der Fraktion die ausschlaggebende Rolle bei der Aufstellung der Kandidaten gespielt hätten. Arnold ließ sich durch solche Querschüsse nicht entmutigen, wozu allerdings auch keinerlei Anlass bestand. Im Gegenteil: Durch seine Wahl zu einem der fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag brachten die Unionsabgeordneten ihre Wertschätzung Karl Arnolds deutlich zum Ausdruck. Dass er Sprecher der Arbeitnehmergruppe der Fraktion wurde, verstand sich jetzt beinahe von selbst. Und als im Mai 1958 nach dem Verzicht des Vorsitzenden Jakob Kaiser die Spitze der bundesdeutschen CDA neu zu besetzen war, gelangte Karl Arnold auch in diese wichtige Position.

Zu diesem Zeitpunkt stand Nordrhein-Westfalen bereits im Zeichen des Landtagswahlkampfes. Der Spitzenkandidat der CDU hieß natürlich Karl Arnold. Adenauer machte sich für die Rückkehr des inzwischen 57-jährigen an die Düsseldorfer Schaltstellen stark. Arnold müsse, so der Kanzler listig, dorthin zurückkehren, „wo er von Rechts wegen hingehört“. Auf vielen Wahlkampf-Veranstaltungen focht Arnold unermüdlich für die Rückeroberung der Macht in Düsseldorf. Die

Chancen standen gut, nachdem die Union bei der Bundestagswahl im Jahr zuvor die absolute Mehrheit erreicht hatte. Doch Arnold erlebt den triumphalen Wahlsieg der Union in NRW nicht mehr.

In der Nacht zu Samstag, 28. Juni 1958, kehrt er von einer Wahlkampfveranstaltung aus Minden in sein Haus in Düsseldorf-Oberkassel zurück. Er wechselt noch ein paar Worte mit seinem Sohn Gottfried und geht zu Bett. Wenige Stunden später erleidet er einen Herzanfall. Karl Arnold hat starke Schmerzen, leidet unter Atemnot. Die Ärzte kämpfen um sein Leben. „Habt ihr mich auch überall entschuldigt“, fragt Karl Arnold seine Angehörigen besorgt. Am Sonntag Abend schließt er seine Augen für immer. Die nordrhein-westfälische CDU geht ohne Spitzenkandidaten in die Endphase des Wahlkampfs. Mit dem Plakat-Motto „In seinem Geiste arbeiten wir weiter“ erringt sie 50,5 Prozent und damit die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.